

kein Zufall, daß es in diesem langen Zeitraum niemals zu einer Spaltung gekommen ist, sondern ihre Beziehungen immer enger geworden sind. Die Hauptursache war, daß die Einheit Erfolg und Gedeihen bringt, Spaltung den Verfall und Mißerfolg für die Tibeter wie für die Han-Chinesen und alle anderen Nationalitäten Chinas. Der Zusammenschluß führt zur gemeinsamen Prosperität, die Spaltung zum beiderseitigen Niedergang. Daß Tibet mit anderen Teilen Chinas eins geworden ist und sich nicht von ihnen getrennt hat, ist das Ergebnis einer langen geschichtlichen Entwicklung. Der Versuch, Tibet von China zu spalten, wird daher weder von den Han-Chinesen und anderen Nationalitäten noch von der tibetischen Bevölkerung geduldet werden."

(Zur chinesischen Tibet-Politik und einer kritischen Bewertung siehe u.a. Oskar Weggel, "China und Tibet: Wie Feuer und Holz", in: C.a., Dezember 1983, S. 744-760.) -sch-

Kultur

*(16)

Vorschläge für weitere Reform des Wissenschaftssystems

Die Staatliche Kommission für Wissenschaft und Technik und die Staatliche Kommission für die Reform des Wirtschaftssystems haben kürzlich "Vorschläge über die flexible Verteilung von Fachpersonal, die Angleichung der Strukturen und die weitere Vertiefung der Reform des Wissenschaftssystems" unterbreitet (s. RMRB, 7.9.92). In dem Dokument wird die Beibehaltung der Richtung "Der wirtschaftliche Aufbau muß sich auf Wissenschaft und Technik stützen, Wissenschaft und Technik müssen auf den wirtschaftlichen Aufbau gerichtet sein" als Leitgedanke bei der Reform gefordert. Um das strategische Ziel zu erreichen, die höchsten Gipfel in Wissenschaft und Technik zu erklimmen, so heißt es dort, soll die Reform beschleunigt werden, und zwar soll durch eine flexible Verteilung des Fachpersonals und eine Angleichung der Strukturen ein modernes Forschungs- und Entwicklungssystem aufgebaut

werden, das sich durch verbesserte Strukturen, vernünftige Standortverteilung, hohe Effizienz, Lebenskraft und Vitalität auszeichnet. Zugleich sollen das Gesamtniveau von Wissenschaft und Technik angehoben und die Funktion von Wissenschaft und Technik im Dienste des wirtschaftlichen Aufbaus und der gesellschaftlichen Entwicklung gestärkt werden.

Schwerpunkte für die flexible Personalverteilung und Strukturangleichung sollen alle selbständigen Forschungsinstitute oberhalb der Kreisebene sein, einschließlich der verschiedenen Forschungsorgane für Grundlagenforschung, Organe für technische Entwicklung und für wissenschaftlich-technische Dienstleistungen. Hochschulen und teilweise auch Betriebe sind ebenfalls betroffen. Durch die Verbesserung der Organisationsstruktur sollen die wissenschaftlich-technischen Organe und die Hochschulen dazu gebracht werden, wissenschaftlich-technische Unternehmen zu gründen sowie den High-Tech-Sektor und den mit wissenschaftlich-technischem Fortschritt zusammenhängenden tertiären Sektor zu entwickeln. (Auf diese Weise wollen sich die Institute selbst finanzieren.) Die beiden Kommissionen wollen sich bemühen, die organisatorische Angleichung des Wissenschafts- und Techniksystems im wesentlichen innerhalb von drei bis fünf Jahren abgeschlossen zu haben.

Als wichtige Aufgaben, die der Staat weiterhin unterstützt, wurden folgende Bereiche genannt: Grundlagenforschung, High-Tech-Forschung und wissenschaftlich-technische Arbeit in bezug auf große Bauvorhaben und Großprojekte. Um jedoch das traditionelle Planungssystem zu reformieren, sollen Wettbewerb, Überwindung von Abteilungs-, Provinz-, Institutions- und Fachgrenzen sowie wissenschaftliche Kooperation gefördert werden.

Forschungsorgane für technische Entwicklung sollen sich der Wirtschaft zuwenden, Fachpersonal flexibel einsetzen und wissenschaftlich-technische Unternehmen und Unternehmenszusammenschlüsse gründen und den High-Tech-Sektor entwickeln. Auf diese Weise sollen wissenschaftlich-technische Errungenschaften in noch größerem Maße zu einer wirklichen Produktivkraft zum Nutzen der Wirtschaft und Institutionen für technische Ent-

wicklung zu Unternehmen und Wachstumspunkten des High-Tech-Sektors werden.

Institutionen, an denen die Gesellschaft Interesse hat, und Institutionen für wissenschaftlich-technische Dienstleistungen sollen schrittweise ein Netz bilden und sich dem neu entstehenden tertiären Sektor zuordnen. Die Mehrzahl dieser Institute muß sich in Wirtschaftsunternehmen mit betrieblichem Management verwandeln.

Die in dem Dokument der beiden Kommissionen vorgeschlagenen Reformen sind nicht neu; sie sind Teil der in der ersten Hälfte der achtziger Jahre eingeleiteten Reform des Wissenschaftsbetriebes. Hauptanliegen war die Entlastung des Staatshaushalts, d.h. Wissenschaft und Technik sollten sich weitgehend selbst finanzieren. Ausgenommen waren lediglich die Grundlagenforschung und der überwiegende Teil der geistes- und sozialwissenschaftlichen Forschung. Ein weiteres Anliegen der Reform war die schnellere Umsetzung von Forschungsergebnissen in die wirtschaftliche Praxis. Zu diesem Zwecke sollten die entsprechenden Institute Unternehmen gründen oder eng mit der Wirtschaft kooperieren und sich ihre Forschung von der Wirtschaft finanzieren lassen. Offensichtlich tun sich die Forschungsinstitute schwer, wie Wirtschaftsunternehmen zu arbeiten oder solche zu gründen. Auch der Personalfluß scheint nicht zu funktionieren, so daß die Institute nach wie vor personell überbesetzt sind und mehr den Charakter von Behörden haben. Deshalb werden die Reformpläne immer wieder vorgebracht und präzisiert. In diesem Sinne ist auch der neuerliche Vorstoß zu verstehen. -st-

*(17)

Hochschulunternehmungen in High-Tech-Zonen

Entsprechend den staatlichen Reformvorgaben weiten immer mehr Universitäten und Hochschulen ihr Tätigkeitsfeld auf die Entwicklung des High-Tech-Sektors aus. Sie gehen vor allem in die neuen High-Tech-Zonen, wo sie High-Tech-Unternehmen gründen. Wie es heißt, würden auf diese Weise nicht nur die Umsetzung von Forschungsergebnissen im High-Tech-Bereich in die Praxis, sondern auch das Wachstum des High-Tech-Sektors gefördert (RMRB, 6.9.92).

Seit Ende der achtziger Jahre beteiligen sich Universitäten und Hochschulen an der Gründung und dem Bau von Entwicklungszonen. Als Beispiele werden der Wissenschafts- und Industriepark Pukou in Nanjing, die Hangzhouer Experimentierzone für wissenschaftlich-technische Entwicklung in Zhejiang, ferner die Entwicklungszonen in Shenyang, Wuhan, Chongqing, Xi'an und Changchun genannt, bei denen die Vorbereitungen für den Bau unter Teilnahme der jeweiligen örtlichen Hochschule abgeschlossen sind. Bis Ende 1990 hatten Universitäten und Hochschulen im ganzen Land 183 High-Tech-Unternehmen gegründet, in denen fast 5.400 Menschen beschäftigt sind. Diese Unternehmen haben 267 High-Tech-Produkte entwickelt, die teils Lücken in China selbst füllen, teils internationales Niveau erreichen und auf dem Weltmarkt angeboten werden. Erst kürzlich, so heißt es weiter, sind gut 30 dem Staat unterstellte Schwerpunktuniversitäten in die Entwicklungszone Pudong (Shanghai) gegangen, wo sie eine Firmengruppe für High-Tech-Entwicklung gegründet haben. Dies wird nach offizieller Einschätzung die Herausbildung des High-Tech-Sektors in Pudong ungemein fördern. Die Shanghaier Regierung hat ihre Absicht bekundet, den sich an der Entwicklung von Pudong beteiligenden Hochschulen Vorzugsbedingungen einzuräumen.

In dem Bericht werden die neuen Entwicklungszonen als die wichtigsten Gebiete für die Realisierung des staatlichen "Fackelplans" hingestellt. (Der "Fackelplan" wurde 1988 verabschiedet; er ist ein Plan zur Entwicklung von High-Tech-Produkten und -Anlagen sowie deren Vermarktung.) Deshalb seien auch die in diesen Zonen tätig werdenden Hochschulen eine Hauptkraft bei der Durchführung von "Fackelplan"-Projekten. Innerhalb der letzten drei Jahre hätten die Hochschulen 14,9 % aller im staatlichen "Fackelplan" aufgeführten Projekte in Angriff genommen. Eine ganze Reihe von ihnen habe bereits deutlichen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Nutzen erzielt. Ein weiterer Nutzeffekt besteht in dem Transfer einer großen Zahl von Fachleuten von den Hochschulen in die Entwicklungszonen. In den letzten Jahren sollen die Hochschulen über 3.000 Magister und Promovierte in die Entwicklungszonen geschickt haben; hinzu komme eine gro-

ße Zahl von Professoren, die ihr Wissen und andere wissenschaftlich-technische Dienstleistungen eingebracht hätten. (Ebd.)

So positiv das wirtschaftliche Engagement der tertiären Bildungseinrichtungen offiziell gesehen wird, weil es dazu beiträgt, die staatlichen Zuwendungen zu reduzieren, es ist auch nicht unproblematisch. Abgesehen von den finanziellen Problemen, die den Universitäten entstehen können (denn nicht alle Produkte dürften gleich große Gewinne einbringen), haben die Universitäten neben dem Forschungs- auch einen Bildungsauftrag. Es besteht die Gefahr, daß die Universitäten zunehmend gedrängt werden oder Geschmack daran finden, ihre unternehmerische Tätigkeit in den Vordergrund zu stellen und ihren Bildungsauftrag zu vernachlässigen. -st-

*(18)

Finanzierung des Bildungswesens über verschiedene Kanäle

Kürzlich hat die Staatliche Erziehungskommission eine Verlautbarung herausgegeben, in der zur Beschaffung finanzieller Mittel aus verschiedenen Quellen zur Finanzierung der Schulen aufgerufen wird. Seit dem ZK-Beschluß über die Reform des Erziehungssystems vom Jahre 1985, so heißt es in dem Schreiben, hätten die Parteikomitees und Regierungen aller Ebenen der Bildungsarbeit große Bedeutung beigemessen und der Reform und Entwicklung des Erziehungswesens eine strategische Position erteilt. Nach dem geltenden Prinzip "Volkserziehung wird vom Volk betrieben, gute Bildungsarbeit zum Nutzen des Volkes betreiben" hätten sie sich die finanziellen Mittel für das Erziehungswesen über verschiedene Kanäle beschafft. Dadurch habe sich die Lage an den Grund- und Mittelschulen erheblich verbessert, so daß heute die Schulen in den meisten Gebieten keine gefährdeten Bauten mehr hätten und jede Klasse über ein eigenes Klassenzimmer und jeder Schüler über einen Tisch und Hocker verfüge.

Zwischen 1981 und 1991 sollen etwa 106,6 Mrd. Yuan zur Verbesserung der Bedingungen an den Schulen aus verschiedenen Quellen aufgebracht worden sein. Davon seien 35,7 Mrd. vom Staat zur Verfügung gestellt und 70,8

Mrd. von der Gesellschaft aufgebracht oder gespendet worden. Diese Mittel seien für Renovierung, Bau oder Umbau von Schulgebäuden, den Kauf von Tischen und Stühlen sowie die Anschaffung von Unterrichtsmaterial, Büchern, Sportgeräten u.ä. verwendet worden. Diese Verbesserungen seien durch die Tatsache ermöglicht worden, daß die örtlichen Stellen dem Bildungswesen verstärkte Aufmerksamkeit widmeten, vor allem aber durch die großen Beiträge, die aus der Gesellschaft, von Hongkong- oder Macao-Chinesen oder von Auslandschinesen kämen.

Zur Erfüllung der Aufgaben im Erziehungswesen in den neunziger Jahren, so schließt die Verlautbarung, insbesondere zur Einführung der neunjährigen Schulpflicht und Ausrottung des Analphabetentums sei es nötig, die Möglichkeiten der Beschaffung finanzieller Mittel weiter auszuschöpfen. (RMRB, 8.9.92)

Für die Finanzierung des Schulwesens sind in China die örtlichen Regierungen zuständig; das war auch in maoistischer Zeit so. Für die unterentwickelten Gebiete gibt der Staat heute Zuschüsse, die aber keineswegs ausreichen. Deshalb sind die örtlichen Verwaltungen in den meisten Regionen auf zusätzliche Mittel angewiesen. Seit Beginn der Erziehungsreform müssen örtliche Betriebe eine Erziehungsabgabe zahlen. Außerdem ist es möglich, Spenden einzuwerben. Diese beiden Finanzierungskanäle sind erst im Rahmen der Erziehungsreform eingeführt worden. Davon profitieren am meisten die Regionen mit guten Beziehungen nach Hongkong und Macao sowie zu Auslandschinesen. -st-

*(19)

Stiftung zur Auszeichnung von Lehrern

Wie alljährlich zelebrierte die politische Führung auch in diesem Jahr den Tag des Lehrers, der auf den 10. September fällt. Am Vorabend fand in Beijing aus diesem Anlaß eine Feier statt, die von der Staatlichen Erziehungskommission und der Stiftung für die Auszeichnung von Mittelschul-, Grundschul- und Kindergartenlehrern veranstaltet wurde. Anwesend waren u.a. Parteichef Jiang Zemin, Staatspräsident Yang Shangkun und Minister-

präsident Li Peng, die Grußworte an die Versammlung richteten, sowie Erziehungsminister Li Tieying, der in seiner Rede die Arbeit der Lehrer würdigte und zur Wertschätzung der Lehrer und der Bildung allgemein aufrief. Die Veranstaltung wurde auch dazu genutzt, sog. "fortgeschrittene Kollektive, die die Lehrer hochschätzen und dem Bildungswesen Priorität einräumen" (hauptsächlich Betriebe und Firmen) und "fortgeschrittene Einzelpersonen" auszuzeichnen. (RMRB, GMRB, 10.9.92)

Bei diesen Kollektiven und Einzelpersonen handelt es sich um Spender, die das Erziehungswesen finanziell unterstützen und speziell Geld zur Belohnung von Lehrern spenden. Lehrer sind in China chronisch unterbezahlt, weshalb der Lehrerberuf kein hohes Prestige besitzt und Lehrermangel besteht. Insofern stellen die von der Stiftung aus Spendengeldern gewährten Belohnungen einen wichtigen Anreiz für Lehrer dar.

Vorsitzender der Stiftung für die Auszeichnung von Mittelschul-, Grundschul- und Kindergartenlehrern ist seit 1986 Wang Zhen. Auch er wohnte der Feier bei. Er soll sich sehr für die Förderung des Erziehungswesens einsetzen und sich im In- und Ausland um Spenden bemühen. Unter seiner Führung entwickelte sich die Stiftung zu einer großen Organisation mit beachtlichen Mitteln. Derzeit, so heißt es, gibt es in 26 Provinzen, autonomen Gebieten und provinzfriren Städten sowie in 12 Städten mit besonderen Planungsvollmachten und in über 500 Kreisen Stiftungen für die Auszeichnung von Lehrern. In den vergangenen Jahren haben die Stiftungen oberhalb der Kreisebene 800 Mio. Yuan gesammelt und gemeinsam mit den Erziehungsbehörden ca. eine Million hervorragende Lehrer ausgezeichnet. (GMRB, 11.9.92) -st-

*(20)

Bauern in Wenzhou investieren mehr ins Bildungswesen

Eine interessante Entwicklung wird aus den ländlichen Bezirken um die Stadt Wenzhou (Provinz Zhejiang) herum berichtet. Die Gegend gehört zu den landwirtschaftlichen Hochebungsgebieten, und viele Bauern dort sind sehr wohlhabend. Heute schicken

sie ihre Kinder lieber in die Schule, als daß sie sie als zusätzliche Arbeitskraft zu Hause behalten, wie es in der Vergangenheit meist der Fall war. Mit zunehmendem Reichtum machen sich die Bauern Gedanken über ihre eigene Karriere und bedauern, daß sie keine gute Schulbildung gehabt haben; sie stellen fest, daß sie gut gebildete Leute brauchen könnten und messen dem Bildungswesen zunehmend große Bedeutung bei. Viele Bauern schicken deshalb ihre Kinder in die Schule, und zwar vielfach in Schulen in der Stadt Wenzhou, weil die Schulen auf dem Lande zu schlecht sind. Dies ist um so bemerkenswerter, als diese Kinder vom Lande in den städtischen Schulen Schulgeld zahlen müssen, während der Schulbesuch in ihrem Dorf so gut wie nichts kostet. Die Stadt Wenzhou trägt dieser Entwicklung Rechnung, indem fast alle Spitzenschulen ein oder zwei Klassen für Kinder vom Lande einrichten, wo diese auf eigene Kosten ihre Schulbildung erhalten. Wegen des Mehraufwands haben die guten Schulen in der Stadt die offizielle Genehmigung erhalten, für Schüler von außerhalb Schulgeld zu nehmen.

Schüler vom Lande, die eine Schule in der Stadt besuchen wollen, müssen die Aufnahmeprüfung für die Unterstufe der Mittelschule bestehen, und ihre Eltern müssen Schulgeld zahlen. Außerdem müssen die Eltern pro Jahr zusätzlich 1.000 Yuan an die Schule entrichten, wozu die Bauern offenbar ohne weiteres in der Lage sind. Viele Eltern lassen ihre Kinder in der Stadt gegen Bezahlung in Lehrerfamilien wohnen. Statistiken zufolge soll in Wenzhou zur Zeit etwa ein Drittel der Lehrer sein Einkommen auf diese Weise aufbessern. Normalerweise nehmen sie zwei oder drei Schüler vom Lande in Pension, manche bringen sogar ein gutes Dutzend bei sich unter.

Da immer mehr Bauern ihre Kinder in Stadtschulen schicken wollen und die Kapazität an den öffentlichen Schulen nicht ausreicht, gründen viele Leute Privatschulen. Von den 1.000 Kindergärten in Wenzhou sind 500 privat, von 250 beruflichen Schulen sind 127 privat. Außerdem gibt es sechs Mittelschulen für die Sekundarstufe II, die von wohlhabenden Bauern finanziert werden; an ihnen erhalten über 2.000 Schüler ihre Schulbildung. (XNA, 23.9.92)

Bisher war es so, daß die bäuerliche Bevölkerung in der Regel kein Interesse am Schulwesen hatte und ihre Kinder, wenn überhaupt, nur kurze Zeit in die Schule schickte. Das war in Wenzhou nicht anders. Erst in den letzten Jahren ist es den örtlichen Regierungen gelungen, die Bauern von der Wichtigkeit des Schulwesens zu überzeugen und zu Spenden für das Schulwesen zu gewinnen. In den vergangenen fünf Jahren sollen 250 Mio. Yuan für diesen Zweck gespendet worden sein (*China Daily*, 1.9.92). Das Bewußtsein, daß Bildung und Fachwissen den eigenen Geschäften nur förderlich sein können, scheint sich mit zunehmendem Wohlstand auszubreiten. Allerdings sind die Behörden in Wenzhou nicht sehr glücklich über den Trend, Kinder vom Lande in die städtischen Schulen zu schicken (ebd.). Entsprechend den Vorschriften müssen Schüler nämlich eine Schule in ihrer Umgebung besuchen; nur auf Antrag ist es möglich, in einem anderen Ort zur Schule zu gehen. Den öffentlichen Schulen in Wenzhou sind die Schüler wohlhabender Bauern hingegen willkommen, weil deren Schulgeld ihre Finanzen aufbessert (ebd.). Die Gründung privater Schulen stellt in diesem Dilemma einen Ausweg dar.

Freilich darf nicht übersehen werden, daß bislang die Bauern in den meisten ländlichen Gebieten noch lange nicht so wohlhabend sind wie in manchen Gegenden Ost- und Südchinas, und so wird der für Wenzhou dargelegte Trend vorerst nur in sehr begrenztem Maße zu beobachten sein. -st-

*(21)

Akademie der Wissenschaften: Zulassung von Wissenschaftlern aus Taiwan und dem Ausland

Der Staatsrat hat kürzlich die Satzung der Chinesischen Akademie der Wissenschaften gebilligt, nach der es jetzt möglich ist, Spitzenwissenschaftler aus Taiwan sowie aus Hongkong und Macao als Mitglieder aufzunehmen. Auch international bekannte ausländische Wissenschaftler, die wichtige Beiträge zur Entwicklung von Wissenschaft und Technik in China geleistet haben, können zur Wahl vorgeschlagen werden. Nach der neuen Satzung haben ausländische Mitglieder das Recht, zu Akademiesitzungen eingeladen zu werden, Vorträge zu halten und in

Akademieorganen zu publizieren. Mitglied der Akademie, der höchste akademische Titel, den der Staat zu vergeben hat, bleibt man lebenslang. Die Mitgliedschaft kann man jedoch verlieren, wenn man die Interessen des Staates oder den Ruf der Akademie verletzt. (XNA, 20.9.92, nach SWB, 28.9.92) Bemerkenswert ist vor allem, daß Wissenschaftler aus Taiwan als Mitglieder zugelassen werden. Dies ist ein weiteres Zeichen für die ständig wachsenden Kontakte zwischen Wissenschaftlern auf dem Festland und in Taiwan. -st-

*(22)

Konferenz der chinesischen Katholiken

Vom 15.-19.9.92 fand in Beijing die fünfte nationale Konferenz der Katholischen Kirche Chinas statt. Die vierte Konferenz hatte 1986 stattgefunden (eigentlich sollen sie alle fünf Jahre abgehalten werden). Teilnehmer waren gut 270 Delegierte aus allen 30 Provinzeinheiten. Wichtigstes Ergebnis der Konferenz war die Verabschiedung einer neuen Satzung, der "Satzung des Katholischen Bischofskollegiums Chinas", die die "Satzung der Katholischen patriotischen Gesellschaft Chinas" ablöste. Es wurde auch ein Beschluß über die Neuorganisation der Katholischen Kirche Chinas gefaßt, und zwar wurden die bisherigen drei Organisationen auf zwei reduziert: das Katholische Bischofskollegium Chinas und die Katholische patriotische Gesellschaft Chinas. Der bisherige Verwaltungsrat der Katholischen Kirche Chinas wurde in eine Unterorganisation des Katholischen Bischofskollegiums umgewandelt. Bischof Zong Huaide wurde zum neuen Vorsitzenden des Katholischen Bischofskollegiums gewählt und wiederum zum Vorsitzenden der Katholischen patriotischen Gesellschaft. Was die Arbeit der Kirche betrifft, so wurde herausgestellt, daß die Katholiken weiterhin die Fahne des Patriotismus hochhalten und an den drei Grundsätzen Unabhängigkeit, Selbstbestimmung und Selbstverwaltung festhalten wollen. (RMRB, XNA, 20.9.92)

Auf der Konferenz wurden auch Einzelheiten über Fortschritte und Entwicklungsstand der Katholischen Kirche bekanntgegeben. Danach gibt es in China derzeit 3.900 geöffnete Kirchen und Gebetsräume. In gut 30 Diözesen

in ganz China, darunter in Shaanxi, Hunan, Shandong, Liaoning und Zhejiang, wurden selbständig Bischöfe gewählt und geweiht, und in den Priesterseminaren wurden über 300 Priester ausgebildet. In den letzten Jahren haben die örtlichen Kirchen alle möglichen gemeinnützigen Aktivitäten entfaltet. Einige bilden für den Staat Fachleute aus, indem sie Schulen für Nachhilfeunterricht, Krankenpflege und Vorschulunterricht betreiben, andere sind zum Wohle behinderter Kinder tätig, unterhalten Kindergärten, Kliniken, Krankenpflegezentren oder Altenheime. Sehr viele Katholiken, so heißt es, leisten hervorragende Beiträge für den "sozialistischen Aufbau", gut 960 sollen Abgeordnete in den Volkskongressen oder Mitglieder in den Politischen Konsultativkonferenzen sein. (RMRB, 20.9.92)

Die in der Patriotischen Gesellschaft zusammengefaßten chinesischen Katholiken verhalten sich staatsreu und achten streng darauf, daß Rom sich nicht in ihre Belange einmischt. Wegen ihrer eigenen Bischofsweihen werden sie von Rom nicht anerkannt. In China jedoch genießen sie offizielle Anerkennung, ja ihre Tätigkeit ist sogar willkommen, solange sie sich an die staatlichen Vorschriften halten (vgl. C.a. 1990/12, Ü 17). Dies gilt insbesondere im Hinblick auf Kontakte mit ausländischen Kirchen. Es ist nicht zu übersehen, daß Partei und Staat heute ein durchaus positives Bild von den Christen in China haben und sie als voll in die Gesellschaft integriert hinstellen. -st-

*(23)

Zusammenstellung aller klassischen Werke Chinas

Mit Billigung des Staatsrates wird jetzt in China das größte kulturelle Projekt begonnen, das die Volksrepublik seit 1949 unternommen hat: die Zusammenstellung aller klassischen Werke Chinas. Bei dem Werk, das unter dem Titel *Zhonghua dadian* erscheinen soll, handelt es sich um ein nach modernen wissenschaftlichen und neuesten bibliothekarischen Klassifizierungsmethoden zusammengestelltes Nachschlagewerk. Aufgenommen werden sollen 20.000 Schriften, die den Zeitraum von der Vor-Qin-Zeit bis zur Bewegung des 4.Mai abdecken und verschiedenen Schulen zuzuordnen

sind. Insgesamt umfassen sie ca. 700 Millionen Schriftzeichen. Wie es heißt, stellen sie "die Essenz (*jinghua*) der chinesischen Nationalkultur" dar. Die Arbeit wird von einem Arbeitsausschuß und einem Kompilationsausschuß koordiniert und durchgeführt. Das Projekt soll zehn Jahre in Anspruch nehmen und genießt die Unterstützung der politischen Führung.

Ausdrücklich wird gesagt, daß im Vergleich mit historischen Werken dieser Art, wie etwa dem *Yongle dadian*, dem *Gu jin tushu jicheng* oder dem *Siku quanshu*, dieses Werk umfassender sein wird. (RMRB, 10.9.92)

Das Projekt ist ein beachtliches Unternehmen, sowohl hinsichtlich Umfang und Dauer als auch in bezug auf die Kosten. Ohne staatliche Finanzierung und Unterstützung wäre es nicht möglich, ein Projekt solchen Ausmaßes in Angriff zu nehmen. Beachtlich ist es aber vor allem deswegen, weil der Staat damit sein uneingeschränktes Interesse am traditionellen kulturellen Erbe Chinas bekundet. Hier geht es nicht - wie sonst zumeist üblich - um eine für die Gegenwart "nützliche" Auswahl, sondern um das gesamte klassische Erbe. Insofern kommt dem Projekt nicht nur wissenschaftliche, sondern auch kulturpolitische Bedeutung zu. Wenn in diesem Zusammenhang davon die Rede ist, "die Essenz" der chinesischen Nationalkultur zu dokumentieren, so unterscheidet sich dieses kulturpolitische Anliegen in nichts von dem konservativer Nationalisten der Republik-Zeit oder im heutigen Taiwan. Aus ihm spricht nichts anderes als der Stolz auf die "großartige" kulturelle Vergangenheit Chinas. -st-

*(24)

Guangming-Zeitung erweitert Umfang

Wie die Redaktion der *Guangming-Zeitung* in ihrer Ausgabe vom 1.9.92 bekanntgab, wird das Blatt vom 1. Januar 1993 an 8 statt bisher 4 Seiten umfassen. Mit dieser Maßnahme, so heißt es, komme die Zeitung, die sich vorwiegend an Intellektuelle richtet, einem lange bestehenden Leserwunsch nach. Neben den bisher üblichen Nachrichten und Artikeln über Wissenschaft, Erziehung, Theorie und Kultur werden künftig verstärkt Nachrichten über Wirtschaft, Gesellschaft, aus der Provinz, über die Truppen, die

demokratischen Parteien und internationale Nachrichten gebracht, wobei aber der Charakter der Tageszeitung erhalten bleiben soll. Das Typische des Blattes sind die thematischen Sonderseiten und Serien, die auf akademische, wissenschaftliche und kulturelle Kreise großen Einfluß ausüben. Die bestehenden Sonderseiten und Serien sollen verbessert und um neue, für die Intellektuellen interessante Seiten ergänzt werden.

Doch soll es nicht nur um eine inhaltliche Erweiterung gehen, sondern man will vor allem mit "reformerischem Geist, ernsthafter Einstellung und gewissenschaftlicher Arbeit" vor die Leser treten. Zugleich wird versichert, daß man an der Grundlinie der Partei von der "zentralen Aufgabe" (wirtschaftliche Entwicklung) und den "beiden grundlegenden Punkten" (Reform und Öffnung sowie die Vier Grundprinzipien) festhalten wolle. Man wolle sich verstärkt den brennenden Fragen der Gesellschaft und aktuellen Gesprächsthemen der Intellektuellen widmen und die Aufgabe, insbesondere den Intellektuellen zu dienen, ernst nehmen. In den 43 Jahren ihres Bestehens habe die Zeitung immer eine Brückenfunktion zwischen dem Staat und den Intellektuellen eingenommen.

Letzteres stimmt nur in dem Sinne, daß das Blatt Sprachrohr des Staates und der Partei gegenüber den Intellektuellen war, nicht aber in dem Sinne, daß es die Interessen der Intellektuellen gegenüber dem Staat vertreten hätte. Selbst in den relativ liberalen achtziger Jahren gab es sich vielfach konservativer als die *Volkszeitung*. Es bleibt abzuwarten, ob sich dieser Charakter mit der Veränderung des äußeren Erscheinungsbildes wandeln wird. -st-

***(25)
Filmpreis für Zhang Yimous Film
"Qiu Ju geht vor Gericht"**

Auf den 49. Filmfestspielen von Venedig im September 1992 wurde Zhang Yimou für seinen Film "Qiu Ju geht vor Gericht" (*Qiu Ju da guansi*) mit dem Goldenen Löwen ausgezeichnet. Gong Li, die in dem Film die Titelrolle spielt, erhielt den Preis für die beste schauspielerische Leistung. (XNA, 14.9.92; GMRB, 14.9.92; FAZ, 8.9.92; SZ 14.9.92; NZZ 17.9.92) Kurz zuvor,

Ende August, war der Film auf den Filmfestspielen in Changchun (Nordostchina) mit dem ersten Preis prämiert worden (XNA, 29.8.92).

Der Film, dessen Titel im Deutschen auch mit "Die Geschichte der Qiu Ju" wiedergegeben wird, hat in China große Begeisterung hervorgerufen. Er passierte nicht nur auf Anhieb die Filmzensur (vgl. C.a. 1992/7, Ü 27), sondern lief zur Premiere sogar in der Großen Halle des Volkes in Beijing (XNA, 11.9.92). Nachdem Zhang Yimou und Gong Li mit ihrem Film so große internationale Anerkennung erfahren hatten, gab das Staatliche Filmbüro für die beiden nach ihrer Rückkehr in Beijing einen Empfang, auf dem der Film mit viel lobenden Worten bedacht wurde. Der Film habe China Ehre gebracht, hieß es (XNA, 27.9.92). Dies hatten freilich auch schon andere Filme von Zhang Yimou getan, so sein Film "Das rote Kornfeld", der 1988 in Berlin mit dem Goldenen Bären ausgezeichnet wurde, ferner "Judou" (1990 Filmpreis in Cannes, außerdem als erster chinesischer Film für den Oscar nominiert) und "Die rote Laterne" (1991 Silberner Löwe in Venedig, 1992 ebenfalls für den Oscar nominiert). Doch waren alle diese Filme in China selbst zumindest zeitweise verboten. Erst in jüngster Zeit werden sie - hauptsächlich wegen des Niedergangs der Filmwirtschaft mangels guter Filme - gezeigt. Die internationale Anerkennung des Filmregisseurs ebenso wie die derzeitige politische Lage, in der es nach dem erneuten Reformschub seit Jahresbeginn allmählich auch zu Lockerungen im Kulturleben kommt, haben dazu geführt, daß Zhang Yimou rehabilitiert ist und - wie es scheint - sogar umworben wird.

Die positive Bewertung des Films "Qiu Ju" durch die Filmzensoren ist auch auf den Filmstoff zurückzuführen. Es ist das erste Mal, daß Zhang einen aktuellen Stoff gewählt hat. Zuvor hatte er stets historische Handlungen bevorzugt. "Qiu Ju" schildert die Verhältnisse und menschlichen Beziehungen in einem Dorf in Nordchina und präsentiert in weiten Teilen Dokumentaraufnahmen. Dieser "Realismus" scheint die Billigung der offiziellen Filmkritik zu finden. Demgegenüber konnte sich die Kritik orthodoxer Kreise nicht durchsetzen, die z.B. bemängelten, daß der Film die desolante Lage des chinesi-

schen Rechtswesens auf dem Lande oder die ungunstigen Beziehungen zwischen Kadern und Dorfbewohnern zu offen darlege. -st-

Außenwirtschaft

***(26)
'Handelskrieg' zwischen China und
den USA abgewendet**

Nach zähen Verhandlungen über einen verbesserten Zugang für US-amerikanische Produkte auf dem chinesischen Markt wurde Anfang Oktober ein Kompromiß zwischen beiden Seiten ausgehandelt.

Das nunmehr unterzeichnete Handelsabkommen beendet vorläufig einen Handelsstreit, in dessen Verlauf die USA die Durchsetzung von Handelsanktionen gegenüber China zum 10. Oktober d.J. angedroht hatten. So wurde im August d.J. von der amerikanischen Handelsadministration eine Liste chinesischer Exportgüter wie Textilerzeugnisse, Schuhe, Spielwaren, Sportartikel sowie Elektro- und Elektronikprodukte vorgelegt, auf die Sperrzölle im Werte von 3,9 Mrd. US\$ erhoben worden wären, falls sich die chinesische Seite nicht zu einem verbesserten Marktzugang bereiterklärte hätte.

Auch das chinesische Ministerium für Außenwirtschaft und Handel (Mofert) drohte im Gegenzug mit Sperrzöllen für amerikanische Produkte wie beispielsweise Computer, Flugzeuge, Kfz, medizinische Geräte, Pestizide und Chemiefasern in einem wertmäßigen Umfang von 4 Mrd. US\$.

Das zwischen China und den USA abgeschlossene Handelsabkommen sieht insbesondere eine Aufhebung von 75% aller chinesischen Importquoten und Genehmigungspflichtbestimmungen innerhalb der nächsten zwei Jahre vor. Ab 1993 sollen die chinesischen Importzölle auf Investitionsgüter, Elektroteile, Chemikalien, Stahl und ausgewählte Agrarprodukte aus den USA deutlich gesenkt werden. Auch soll die chinesische Seite zugestimmt haben, die bisher nicht veröffentlichten internen Gesetze, Richtlinien und Praktiken zum Außenhandel zu publizieren, um den Markt transparenter zu machen.